

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Fretung ins Haus für Ost-Deutschland 2,50 M. im voraus zahlbar. Für Ostpreußen nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Umständen bezogen für Deutschland und Österreich 10.— M., für das übrige Ausland 12,50 M. einschließlich Postaufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 17.— M. Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2895 und 2896.

Die achtgepaltenen Doppelpostbriefe oder deren Raum, sowie jede Werbungsart, auch die Familien- und Organisationsanzeigen werden laut aufgestellten Tarif berechnet. Insetts für den darauffolgenden Tag müssen spätestens 11 1/2 Uhr nachmittags in der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2895-36, 2896-36, 2898

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Furcht der Regierung.

Nur eine Polizeiaktion?

Die Regierung veröffentlicht eine große Anzahl von Meldungen, die beweisen sollen, daß die Lage im Ruhrrevier außerordentlich ernst sei, und daß man kaum noch damit rechnen könne, auf Grund der in Bielefeld und Münster getroffenen Vereinbarungen eine Entspannung herbeizuführen. Daneben hat der Reichskanzler Müller gestern Abend die Vertreter der Presse empfangen und ihnen erklärt, daß die Regierung sich seit acht Tagen darum bemühe, durch Verständigung mit den Arbeitervertretungen die Krise zu lösen. Aber in vielen Orten hätten diese die Gewalt nicht mehr in der Hand; es kämen von dort Hilferufe nach Berlin, auch die sozialistischen Parteien in diesen Bezirken verlangten, daß mit Reichswehr die Ordnung wiederhergestellt werde. Im bergischen Lande herrsche völlige Ruhe, dagegen habe man die ernstesten Nachrichten aus Duisburg, Hamborn, Essen und aus der neutralen Zone. Bis zum Sonnabend Abend habe sich die Regierung gegenüber diesen Meldungen Reserve aufgelegt, aber am Sonntag morgen sei bei der Regierung eine Deputation von Reichssozialisten aus Essen erschienen, die die Meldungen durchaus bestätigt hätten. Von einem Willen zum Generalstreik sei dort nicht die Rede, behaupte die Deputation, der eben beendete Generalstreik sei nur durch Anwendung von Gewalt zustande gekommen.

Der Reichskanzler erklärte nun, gestützt auf diese Meldungen, daß man es jetzt nicht mehr mit der organisierten Arbeiterkraft, sondern lediglich mit Fanbagel zu tun habe; wenn der Einmarsch der Reichswehr in diesen Tagen doch erfolgen müsse, so könne es sich lediglich um eine Polizeiaktion gegen diese Elemente handeln. Ausschreitungen der Truppen sollen unter allen Umständen vermieden werden, die Regierung werde dafür sorgen, daß nicht an die Stelle des roten Schreckens der weiße Schrecken trete. Die oberste Verantwortung für alle Maßnahmen trage die Zivilbehörde, für die Reichskommissar Severing alle Vollmachten habe. Das Militär stelle nur die ausführenden Organe. Wenn sich, wie die Regierung behaupte, in den nächsten zwei Tagen der Einmarsch nicht vermeiden lasse, so könne man doch hoffen, daß es zu längeren und schwereren Kämpfen nicht kommen werde. Die Drohungen mit dem Sprengen der Betriebsanlagen nehme die Regierung nicht ernst. Die Zivilkommissare würden die Bevölkerung über den Zweck des Einmarsches aufklären, und davon verspreche man sich eine günstige Wirkung.

Wir vertreten demgegenüber auch heute noch die Anschauung, daß zu einer ungünstigen Beurteilung der Situation durchaus kein Anlaß vorliegt. Die Regierung freilich beginnt bereits zu werden, und es gewinnt den Anschein, als ob die Veröffentlichung ungunstiger Nachrichten gehäuft wird, um für die etwa beabsichtigte Aktion der Reichswehr den geeigneten Anlaß zu schaffen. Die Regierung behauptet, daß in drei Orten selbst unabhängige Organisationsvertreter den Einmarsch von Reichswehr gewünscht hätten. Wir können diese Behauptung im Augenblick nicht nachprüfen, da seit Sonntag Abend die telephonischen Verbindungen mit dem Ruhrrevier unterbrochen sind. Ob das gestrige Unwetter daran schuld trägt, ob andere Ursachen für diese Störung vorliegen, konnten wir nicht mehr ermitteln.

Wenn die Vereinbarungen mit den Arbeitervertretungen bisher noch nicht ihre volle Wirkung ausgeübt haben, so liegt das nicht zum mindesten daran, daß die militärischen Befehlshaber bisher den guten Willen noch nicht gezeigt haben, sich an die Abmachungen zu halten. Der Zentralrat führt Beschwerde darüber, daß trotz der Vereinbarungen die Reichswehr vorrückte und an einer Anzahl von Orten Angriffe auf die Arbeiter unternahm. Nicht zuletzt ist die Tatsache, daß der General von Watter noch immer an der Spitze des Bedrückten steht, umgeben und unterstützt von Offizieren, und daß von Münster, dem Stabe des Generals, aus die Feindschaft in arbeitserfüllendem Sinne beeinflusst und nicht geendet, zur Verurteilung beizutragen.

Wir müssen in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, daß man von den Arbeitern im Ruhrrevier in kürzester Frist die Waffenablieferung und die Wieder-

Einseitigen Klar sein muß, daß zur Klärung der Lage die unumgänglich notwendige Frist gegeben werden muß. Den Ruhr-Neubellen gegenüber ist die Regierung keineswegs so ungeduldig. Noch immer befinden sich Tausende von Volksgenossen und ähnlichen Leuten im Lockhärtiger Lager und anderswo im vollen Besitz ihrer Waffen, sie stellen eine ständige Bedrohung nicht nur ihrer näheren Umgebung, sondern unseres gesamten öffentlichen Lebens dar; aber der Regierung fehlt der Mut, diesen Elementen gegenüber mit derselben Schärfe aufzutreten, wie es jetzt gegenüber dem Ruhrrevier anscheinend beabsichtigt ist.

Noch eins: Die Regierung bemüht sich seit einer Woche, von der französischen Regierung und den Alliierten die Erlaubnis zum Einmarsch in das besetzte Gebiet und die neutrale Zone zu erlangen. Bisher hat die Entente alle diese Bitten mit dem Bemerkens zurückgewiesen, daß sie die Lage im Ruhrrevier durchaus nicht so ungünstig wie die deutsche Regierung ansehe. Da die Entente ohne Zweifel sich über die dortigen Vorgänge eingehend unterrichten läßt und insbesondere die französische Regierung allen Anlaß hat, darauf zu achten, daß in den Kohlenlieferungen aus Rheinland-Westfalen keine Störung eintritt, so wird man aus dieser Beurteilung der Lage den Schluß ziehen können, daß die deutsche Regierung die Dinge im Ruhrrevier viel schlimmer betrachtet, als sie in Wirklichkeit sind.

Wir müssen auch heute noch auf das ernsteste vor allen überreichten Schritten warnen. Gegenüber den Scharfmachern von rechts muß die Regierung fest bleiben. Vor allem aber verlangen wir, daß alle Maßnahmen in vollem Einverständnis mit den Arbeiterparteien und den Arbeiterorganisationen getroffen werden!

Die Einigungsverhandlungen.

Der Zentralrat in Essen teilt nach folgendes über die Verhandlungen in Münster mit:

Die Regierung ist auf Grund der Bielefelder Vereinbarungen zu folgenden verpflichtet:

1. Bälle Straffreiheit für die bis 2. April, 12 Uhr mittags, an den Kampfen beteiligten Arbeiter zu gewähren. Als Aufhänger im Sinne der Regierungserklärung vom 30. März gilt nur derjenige, der nach dem 2. April, 12 Uhr mittags, noch zum Zwecke des Kampfes gegen die verfassungsmäßigen Organe Waffen führt oder die Waffen nicht abgeliefert hat.
2. Sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes und des Standrechts bis 2. April, 12 Uhr mittags, und Aufhebung des allgemeinen Ausnahmezustandes bis spätestens zum 10. April 1920.
3. Jeder Einmarsch von Regierungstruppen in das Industriegebiet ist zu verhindern. Einstellung der Vorkämpferbewegung der Reichswehrtruppen am 31. März abends.
4. Prüfung des gegen den General von Watter eingereichten Materials wegen seiner konterrevolutionären Betätigung.
5. Sofortige Entwaffnung und Bestrafung aller am konterrevolutionären Zutritt vom 13. März beteiligten Personen.
6. Auflösung aller der Verfassung nicht treu gebliebenen militärischen Formationen und ihre Ersetzung durch Formationen aus den Kreisen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten ohne Zurücksetzung irgendeines Standes. Unter die danach aufzulösenden Truppen fallen die Korps Löhne, Lichtschlag und Schulz.

Es folgen sodann die bekannten beim Abbruch des Berliner Generalstreiks mit den Gewerkschaften und Parteivorständen vereinbarten Punkte.

Die Vollversammlung der Vollzugsräte beschließt die Aufhebung des Generalstreiks für das gesamte Industriegebiet. Sie wird sofort die Arbeiterschaft wieder zum Kampfe aufrufen, wenn die Regierung nicht ihre durch die Vereinbarungen in Bielefeld und Münster übernommenen Verpflichtungen erfüllt, insbesondere wenn es ihr nicht gelingt, den Truppenbewegungen gegen das Ruhrgebiet Einhalt zu gebieten. Die Vollversammlung spricht den proletarischen Truppen die höchste Anerkennung für ihre Taten aus und verpflichtet für die Unterstützung der Hinterbliebenen der gefallenen Kämpfer und der Verletzten nach besten Kräften Sorge zu tragen.

Der Zentralrat veröffentlicht dazu folgende Erklärung:

Das Bielefelder Abkommen schließt nicht die Auflösung der politischen Arbeiter- und Betriebsräte und des Zentralrates in sich. Nur werden diese Körperschaften nicht mehr die Funktionen erfüllen, die sie während des eben beendeten Kampfes gehabt haben (Aufhebung und Kontrolle der behördlichen Funktionen). Die Arbeiter- und Vollzugsräte und der Zentralrat müssen von den Arbeitern nicht nur erhalten, sondern ausgebaut und befestigt werden. Die Räte sind die politischen Massenorganisationen und Kampforgane des gesamten Proletariats einer Gemeinde, des Bezirks und des Industriegebietes. Durch die Räte vertritt die Arbeiterschaft als Gesamtheit ihre Klasseninteressen gegenüber den bürgerlichen Klassen. In den Räten werden die Klassenforderungen des Proletariats, sowie die Richtlinien und Parolen des politischen Kampfes besprochen und festgelegt, wobei jede Parteilichkeit des Proletariats volle Diskussion- und Handlungsfreiheit hat. Die Wahl der betrieblichen Arbeiterräte hat in den Betrieben zu erfolgen. Die Zahl der zu wählenden Räte ist durch die betrieblichen Vollzugsräte zu bestimmen. An der Wahl der Räte nimmt die gesamte Arbeiterschaft, einschließlich der Angestellten und Beamten ohne Unterschied der Gewerkschaftszugehörigkeit teil. In den Räten schließen sich die Räte nach ihrer Parteizugehörigkeit zu Fraktionen zusammen. Der betriebliche Arbeiterrat wählt aus seiner Mitte einen Vollzugsrat, der die Leitung des Arbeiterrates bildet. Die Vollzugsräte des Industriegebietes treten nach Bedarf zu Vollversammlungen zusammen. Die Vollversammlung wählt zur Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft des gesamten Industriegebietes einen Zentralrat. Er setzt sich zusammen aus Vertretern der drei politischen Parteien der Arbeiterschaft, den gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen. Bei politischen Aktionen übernehmen die Räte durch ihre Vollzugsräte und den Zentralrat die Führung der Aktionen für das gesamte Industriegebiet. Die Vollversammlung der Vollzugsräte stimmt der Erklärung und den Vorschlägen des Zentralrats zu und beschließt, dafür zu sorgen, daß sofort in allen Orten des Industriegebietes nach diesen Vorschlägen Arbeiterräte gewählt werden.

Antrag des Zentralrats: Der Zentralrat für das Industriegebiet ist zusammensetzen aus Vertretern der Vollzugsräte, je einem Vertreter der drei politischen Parteien der Arbeiterschaft, des Aktionskomitees der freien Gewerkschaften, der Arbeiterunions, der genossenschaftlichen Organisationen und der Eisenbahner des Industriegebietes.

Meldungen über die Lage.

Berlin, 2. April.

Der Reichsregierung sind folgende Telegramme zugegangen:

Duisburg, 2. April. Nach unserer einmütigen Auffassung der Lage ist sofortiges nachdrückliches Vorgehen der Reichswehr das einzige Mittel, um Duisburg und Umgebung vor äußerster Not und Elend zu schützen. Wird unserm dringenden Ratschrei nunmehr nicht sofort entsprochen, so können die unterzeichneten Parteien die Verantwortung für die weitere Entwicklung der Dinge ab. Gleiches Telegramm ist an Münster, Severing, ergangen. Sozialdemokratische Partei, Unabhängige Sozialdemokratische Partei und Stadtverwaltung Duisburg.

Münster, 2. April. Zustand im Ruhr- und Lippegebiet ist infolge Terror der roten Truppen unerträglich. Bestehe Verfassungstreue Kreise der Provinz fragen: Will oder kann Berlin Helfen? Politische Wirkung auf zuverlässige Kreise des Hofens äußerst bedenklich. Weiteres Schicksal der Regierung bei der erbitterten Stimmung der Bevölkerung unermesslich. Sofortiges entschiedenes Eingreifen der Truppen zur Rettung der bedrängten Bevölkerung und Verhüten vor Plünderungen und Verpeinlichungen und zur Wiederherstellung des Bestehens der Berliner Regierung unbedingt geboten. Jede Stunde Aufschub verhängnisvoll; die schon beginnende Hungersnot. Oberpräsident Dr. Brüning. Landeshauptmann Dittmann.

Münster, 2. April. Soeben in Münster eingetroffen, haben wir sofort einer dringenden Besprechung der maßgebenden Personen und Zivilbehörden der Provinz (Oberpräsident, Landeshauptmann und andere) beigewohnt. Es ist unbedingt sofortiges Eingreifen erforderlich. Nur durch ein solches, entschlossenes und energieloses Vorgehen können die Verhältnisse im Ruhr- und Lippegebiet wieder hergestellt werden.

Diesem Kampf ist kein Verzicht auf den endgültigen Sieg
und gibt es nur eine Parole:
Vorwärts auf dem Weg der proletarischen Revolution,
bis der Sozialismus verwirklicht wird.
(Hofier Beifall.)
Als zweites Referent spricht
Genosse Däumig:

Er lenkt an die letzten Ausführungen Erdmann an, daß
die Ereignisse der letzten Wochen nicht getrennt werden
des Kampfes, wenn wir sie als eine notwendige Episode bezeichnen,
mit dieser aber wenn wir sie als ein Glied der großen politischen
ein sind sozialen Umwälzungen. Man kann wahrlich nicht sagen,
daß der Kampf mit einer Niederlage geendet habe. Es war eine
einige Schritte zurück, die bald wieder aufgenommen werden muß,
ein weiterer einziger Schritt konnte nur zu einer anderen Beurteilung
ten. Ein mein Vortrager und ich bitte sie, meine Meinung ungehin-
dert und vorgetragen zu dürfen.
Es ist die Wir müssen die Kämpfe in erster Linie betrachten unter
von dem Gesichtswinkel der politischen Machtverhältnisse, die heute be-
nen empfen. Ein solches Machtgebilde ist der Militarismus, der nicht
von dem einen Ziele zu Tode gebracht werden kann. Wir dürfen bei
die den weitpolitischen Kompilation der Verhältnisse nicht vergessen,
die doch die Volkstümer für den internationalen Kapitalismus gegen
getroffen und gekämpft haben. Aber es ist ganz falsch, diese
inige Kapp-Geschichte nur in Verbindung mit den Vorkämpfern zu
werden. Die ganze Reichswehr ist ein gegenrevolutionäres Ge-
richt.

Vom 12. bis 18. März reicht die erste Phase des
Kampfes, der hinter uns liegt. Dieser geschlossene Massen-
kampf ist das herrliche Bild der Macht und Kraft, das die
März-Revolution der Arbeiterbewegung gezeigt hat. Unter der Kapp-Revolution
angehörten standen die bewährtesten ökonomischen Kräfte, der Großgrund-
besitzerliche, Teile der Großindustrie. Politisch hat der Kapp-Putsch die
den internationalen Kapitalismus sehr geschwächt. (Widerpruch.)
Es ist heute militärische Machtmittel sind aber noch nicht erschüttert
politisch. Sie gehen jetzt unter der Flagge der rechtmäßigen Re-
gierung und unter der Parole „Wegen des Volkswillens“, gegen
die revolutionäre Arbeiterklasse. Die Reichswehr bekommt durch
die neue Regierungswahl eine neue Daseinsberechtigung,
die eine harte Aufgabe: Verfassung des Proletariats. Man muß
sich auch darüber klar sein, wie es gemacht wird.

Unsere Partei stand vom 12. bis 18. März glänzend da.
geschlossener Partei konnte schließlich gar nicht anders, als in
man schloß die glänzende Situation jetzt Arbeitergemeinschaft
zu ziehen. Das war die einzig richtige Haltung der Partei.
Eine neue Parole war zunächst: Kampf gegen die Kapp-Regierung und
gegen die Soldaten. Das war aber eine negative, keine positive Parole.
Nichts war selbstverständlich, daß die Partei nicht gegen Kapp-
und Deutschnationale, sondern auch gegen Kapp-Regierung Stellung nehmen
unmögliche. Die Frage der Räteorganisation ist nicht eine Sache der Pro-
letariat, sondern der Macht. Das tut man und schafft es
sich. Es war schwer für die Partei, ein positives Formel auf-
zustellen, wegen der ungelärten Verhältnisse.
Genosse Däumig schließt dann die Zusammenfassung
die Arbeit der Zentralleitung. Es kam eine volle
Generalversammlung in der Zentralleitung während dieser Tage
Generalstände. Man muß auch dabei die Schwierigkeiten der Arbeit
gegen die Verhältnisse, besonders den Mangel an Druckerzeugnissen,
mit auf die Tagesordnung der Tagesordnung wieder
sich die große Rolle. Seit dem Januar 1919 bemühen wir uns,
den ganzen Reichswehr davon zu überzeugen, daß sie sich nicht an den
Kapp-Verhandlungen beteiligen dürfen. Die Geschäfts-
scheidung der Reichswehr hat sich die größte Mühe gegeben, Auf-
klärungsmaterial zu schaffen, aber es scheiterte an der tech-
nischen Unmöglichkeit.

Däumig geht dann auf die Frage der Möglichkeit der
Gewalt der Arbeiterklasse ein und sagt, daß
ein Verbrechen am Berliner Proletariat gewesen wäre, es
einen Weggang zu führen, der wie die Pariser Juni-
auf Nacht ausgegangen wäre. (Widerstand.) Aber die
Wichtigkeitsfrage ist auch ohne den demokratischen Zustand auf die
Macht, militärischen Entscheidungen eingewirkt.

So war die Situation in den Tagen vom 12. bis 18. März.
Kapp-Lüttich erledigt waren, mußte natürlich eine neue Re-
gierung kommen. Aber brachten sich Bauer-Roske wieder in Ge-
nung; sie hatten auch die verfassungsmäßige Befugnis dazu.
Die politische Arbeiter trat da ein Mann auf, der bis dahin jede
Militärische Tätigkeit seiner Organisation ablehnte. Man dachte
moh, daß er über die Form der Koalitionregierung hinaus
was finden würde. In diese Zeit fiel der Gedanke des Streik-
buchs. Es war ein sonderbarer Zustand, daß am 20. März
Streik abgebrochen wurde durch die Gewerkschaftskommission,
die er die Meinung, daß, wenn überhaupt etwas erreicht
werden könnte, dies nur unter dem Druck der Militärs, nicht aber im
Einverständnis der Parteien geschehen kann. Es mußten
die Gewerkschaften weit mehr Garantien in die Hand gegeben sein, um den
Streik abzuheben. Man hätte der Regierung ganz anders den
die Gewerkschaften auf Knie setzen können, wenn man den Streik ge-
lassen noch einige Tage hätte weitergeführt. Berlin hat
alle großen Zweifel darüber gelassen, daß er noch wie vor auf dem
Streik über der formalen Demokratie und der Arbeitergemeinschaften
nicht. Wir mußten demgegenüber unsere grundsätzliche andere
sofort die Auffassung zum Ausdruck bringen. Wir waren in der Streit-
demokratische einig über die Fortführung des Generalstreiks. Däumig
dann auf die Verhandlungen mit den drei gewerkschaftlichen
politischen Verbänden und den beiden Parteien ein.

Die Gewerkschaftsführer schloßen sich jedoch, denn sie vornehmlich
vom 20. bis 22. mit uns über den Rückzug, trotzdem sie ihn
nicht für den 20. proklamiert hatten. Bei den Verhandlungen
wurde dann endgültig beschlossen, den Generalstreik am 23. ab-
brechen. Als Grundlage für die weiteren Verhandlungen
sind die neun Punkte dienen, die von unserer Partei als
die Mindestforderungen bezeichnet wurden. Durch die ge-
meinsame Unterzeichnung haben wir die glänzende Position der
ersten beiden Tage verloren und die Reichssozialisten wieder zu entschei-
dendem Einfluß gebracht. Die Konföderation der Reichssozialisten
den Gewerkschaften wurde nur schon so weit vorgeschritten,
an eine Wiederaufnahme der Aktion zugunsten der Ruhe-
nicht mehr zu denken war. Die Dinge haben sich gekehrt,
die Militärs, die die neue Regierung bestellt hat, in nichts
von den alten. Wir dürfen bei allem praktischen
wandel nicht die große politische Linie vergessen, die wir uns
haben. Wenn die Mindestforderungen nicht erfüllt
werden, ist für mich die Arbeit mit jenen Leuten (d. h. den Ge-
neralstreik) und den Reichssozialisten (Abd. d. „Freiheit“)
erklärt.

Die Aufforderung zur Wahl der revolutionären
die Gewerkschaften war nicht nur eine Schreie von einigen
zur Berliner Genossen, sondern ein Beschluß der Parteileitung. Als
abgelehnt, aber auf den Plan treten, wurden sie sehr energisch zurück-
ungen, diesweisen, nicht nur von Leuten, sondern auch von weiten Kreisen
einer demokratischen Partei. Eine sozialistische Regierung kann sich aber nicht
zur auf die Partei hin, sondern muß die Macht in die Be-
hörden nicht legen. Wenn man schon die Macht in das Aktionsprogramm
Gewichte hineingebracht hat, so muß man sie auch verwirklichen. (Beifall.)
ische Umstände nun in der Luft lag, auf die Regierung einen Druck aus-
zurichten, so konnte der Druck doch nicht nur durch den Instanz-
werden ausgeübt werden, sondern durch Druck von unten auf
den Reichswehr (Anrede). Die „Freiheit“ hat diese politischen Absichten
bild. Dieser Betriebsrat gar nicht vorhanden. Wie wollen sie denn die
e. Die Boykottierung überhaupt lösen ohne die revolutionären Betriebs-
ausgewirkt. Das Geschäft, ökonomisch mitwirken zu können, ist bei den
den Reichsarbeitern und Angestellten in den Betrieben fast ausgegl.
Wahl. Unter einem bestimmten Streikverhältnis erkenne ich an, daß

die sozialistische Regierung ein Zwischenstadium ist. Ich muß
hier Erdmann zustimmen, daß in einer solchen Regierung unsere
Partei den maßgebenden Einfluß hat. Aber auch sie kann der
Mitwirkung der Räte nicht entbehren. Eine solche Regierung
kann die Einleitung der Räteherrschaft bilden. So ist es nicht
in diesem Stadium das Problem der sozialistischen Regierung
aus. Glauben Sie aber ja nicht, daß das ein Kampfbuch ist,
der bereits hinter uns liegt. Es ist nur eine Kampfbuch, in der
wie uns befinden. Nicht der Generalstreik ist zu Ende, der Kampf
geht weiter, wie wollen weiter kämpfen in revolutionärem Sinne.
(Beifall.)
Es liegt ein Antrag auf Verlegung vor. Dieser Antrag wird
einstimmig angenommen.

Seedt, Oden, Oldershausen.

Koske hat seine Rechtfertigung mit einem dritten Artikel
im „Vorwärts“ abgeschlossen. Was in den Artikeln fehlt, verdient
keine Beachtung, sei es denn, daß man es, wie wir schon einmal
andere, als erneuten Beweis für die erschreckende Un-
fähigkeit und Hilflosigkeit Koskes gegenüber dem
Problem ansehen will, das ihm gestellt war. Aber diese Un-
fähigkeit können wir schon, auch ohne dieses neue Verweissbuch.
Koskes Artikel sind ein einziges Klagegeschrei darüber, wie unendlich
schwer es war, die in der Reichswehr eingeschlagene Reaktion aus-
zuführen. Worauf ihm zu sagen wäre, daß diese Darstellung
ein plumper Versuch zur Verdrückung des Sachverhalts ist, denn
seine Schuld ist es ja eben, daß er die Reaktion in der Reichs-
wehr hat aufkommen lassen, daß er ihre Einbürgerung — ent-
weder bewußt oder aus Dummheit und Verblendung — ge-
fördert hat. Als er kein Amt antrat, da wäre es leicht ge-
wesen, eine demokratische Wehrmacht völlig neu auf-
zubauen. Nun ist es allerdings erheblich schwerer geworden, nach-
dem dank der Unfähigkeit dieses Mannes der Geist des alten
Militarismus in gesteigertem Grade die Armee vollkommen be-
herrschte. Von dieser Schuld reinigt den Koske keine Trüder-
schwärze.

Aber an dem dritten Artikel dieses Verberbers der Armee
ist eine Stelle interessant, weil sie Licht verbreitet über die Ge-
staltung der höheren Offiziere, denen jetzt die Führung
der Reichswehr anvertraut ist. Koske berichtet:

„Dah er (der Putsch der Kappisten) für einen Augenblick Er-
folg hatte, ist der mangelnden Entschlußkraft der
höheren Führer zuzuschreiben. Sicherheitsmaßnahmen
hätte ich angeordnet. Aber es wurde nur die innere Stadt ge-
sichert. Als in später Abendstunde Generalleutnant v. Oden,
der Befehlshaber der Berliner Truppen, General v. Oldershausen,
v. Seedt, Admiral v. Trautman und andere in meinem Zimmer
sich versammelten, habe ich sie vergeblich beschworen,
mit mir zur Truppe zu gehen und die Rebellen vor der
Stadt mit Feuer zu empfangen. Nur General Reinhard
und mein Stabschef v. Wilsa entschlossen sich für einen Kampf.
Die eigentlichen Verantwortlichen lehnten ab, mit
mir zu gehen.“

Koske hat selten die Wahrheit gesagt, aber dieses Be-
kenntnis, das er auf seinem politischen Schreibtische macht,
glauben Sie ihm aufs Wort, denn zahlreiche Anzeichen bestätigen
diese Darstellung Koskes über die Befinnung der Truppenführer.
Die Generale v. Oden, v. Oldershausen und v. Seedt befinden
sich gegenwärtig sämtlich in den ersten Stufen in der Reichs-
wehr. Seedt und Oldershausen sind heute die maßgebenden
den Führer des Heeres. Aus Koskes Darstellung geht
heraus, daß sie genau so unzuverlässig waren, wie die
Lüttich und Konforten. Die Arbeiterklasse muß daher auch die
rücksichtslose Beseitigung dieser Leute fordern. Hier gilt
für die Arbeiterklasse das Wort, was nicht mit uns ist, ist
gegen uns! Wer am 12. März nicht eines Sinnes war mit
uns, ist unser Feind!

Die acht Punkte.

Wie wenig Sympathie die bürgerlichen Parteien für
die Anerkennung und Durchführung der mit den Gewerks-
schaften vereinbarten acht Punkte aufbringen, beweist ein
Artikel des Demokraten Gothein in der Freitag-
Morgenausgabe des „Berliner Tageblattes“. Gothein be-
tonnt, daß die Demokraten und das Zentrum mit größter
Entschiedenheit jede Bindung ihrer Fraktion ablehnen und
sich lediglich dazu verstanden, bei ihren Fraktionen für die
Forderungen einzutreten. Gothein führt dazu wört-
lich aus:

Das Verlangen, ihre Mandate niederzulegen oder aus ihrer
Fraktion auszusteigen, wenn es ihnen nicht gelänge, die Zu-
stimmung ihrer Fraktion für ihre Forderungen zu erlangen,
wollen sie entschieden zurück. Die Fraktionen waren
also nicht gebunden. Aber selbstverständlich ist es jeder
Fraktionsvertreter als seine Pflicht an, in seiner Fraktion für
die Annahme der Abmachungen mit allem Nachdruck einzusetzen.
Das haben sie pflichtgemäß getan.

Gothein charakterisiert dann die einzelnen Punkte und
hebt stets hervor, daß eine Bevorzugung der Arbeiterorgani-
sationen ihren demokratischen Grundgedanken zuwiderlaufe.
Er widerspricht auch der Auffassung, daß allein der Ge-
neralstreik den Sturz der Usurpalatoren herbeiführen habe.
Gothein kommt in diesem Artikel erst zur Besprechung der
Hälfte der Punkte. Wir wollen also eine eingehendere
Auseinandersetzung über die Auslegung der Punkte zurück-
stellen, bis der zweite Artikel erschienen ist.

Schon heute aber müssen wir mit aller Entschiedenheit
feststellen, daß so die Anerkennung und Durchführung der
acht Punkte von den Arbeiterorganisationen nicht ge-
wünscht war, daß sie mit dem pflichtgemäßen Eintreten der
Abgeordneten bei ihren Fraktionen erledigt seien. Es muß
den Vertretern der bürgerlichen Parteien mit aller Deut-
lichkeit gesagt werden, daß die Arbeiter-, Angestellten- und
Beamtenvereine fest zu den acht Punkten stehen und ihre strikte
Erfüllung und Durchführung verlangen. Glauben die Herren
von der Demokratie und vom Zentrum, sich so leichtbin die
Abmachungen vom Volke kassieren zu können, so täuschen sie
sich gewaltig. Die Arbeiterklasse hat nicht umsonst ge-
kämpft, und sie wird den Kampf wieder aufnehmen, wenn
man sie um die Früchte des Erfolges beraubt.

Noch preussische Gesandte?

Die Mitteilung, wonach der bisherige reaktionäre
preussische Staatsminister v. Berger zum preussischen
Gesandten in Sachsen ernannt worden und somit die
Treppe hinaufgefallen sei, ist insofern besonders bemerkens-
wert, als der bisherige Ministerpräsident Sirich bei Be-

ratung des Staatsauswärtigen ausdrücklich erklärt hat, daß
Gesandtschaften in Preußen in Zukunft
nicht mehr unterhalten werden und daß zu
diesem Zwecke nur noch insofern Mittel bewilligt worden
sind, als es sich um die Erfüllung von Verpflichtungen
handelt, die noch laufen. Eine Ausnahme sollte nur die
preussische Gesandtschaft beim Vatikan machen, und zwar nur
so lange, als mit dem Reich keine Verständigung erfolgt
ist. Wenn sonach die frühere preussische Regierung unter
Herrn Sirich eine Ernennung zum Gesandten vorgenommen
hat, handelt sie gegen den ausdrücklichen
Willen des Parlaments und der Finanzminister
hat kein Recht, einen Pfennig für diesen Zweck herauszugeben,
wenn er nicht Gefahr laufen will, die Kosten aus eigener
Tasche zu bezahlen.

Wangenheim und die Kapp-Regierung.

Das Landwirtschaftsministerium teilt mit: Dadurch, daß sich
der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer für die Provinz Pom-
mern, Frhr. von Wangenheim, Klein-Spiegel, an dem
hochverehrtesten Unternehmern des Herrn General-Landwirts-
chaftsdirektors Kapp infolge beteiligt hat, als er bereit war, in der
ungeschäftigen Regierung des Ami des preussischen Landwirts-
chaftsministers zu übernehmen, ist seine Stellung als Kammer-
vorstand unwirksam geworden. Landwirtschaftsminister Braun
hat darum den Vorstand der Pommerischen Landwirtschaftskammer
aufgefordert, Frhr. von Wangenheim zu benachlässigen, sein Amt
unverzüglich niederzuliegen.

Gewerkschaftliches.

Die Lohnbewegung der Freileugehilfen.

Am Donnerstag hatten sich die Berliner Freileugehilfen in
einer sehr gut besuchten Versammlung zusammengesammelt, um
über die Lohnbewegung einen Bericht entgegenzunehmen. Die For-
derungen der Gehilfen, u. a. 100 M. Wochenlohn, wurden von den
Herren teils glatt abgelehnt, teils als unzulässig bezeichnet.
Debatte wurde der Schlichtungsausschuss angetragen, der son-
ntags Freitag zusammentritt.

Über diese Verhandlung waren die Versammelten äußerst
erregt, sie sind alle fest entschlossen, jetzt den Helfern eine andere
Meinung von den Gehilfen beizubringen. Es ist unerläßlich, daß
es heute noch Arbeiter gibt, wie die Freileuge, die sich mit 50—60
Mark Wochenlohn abspesen lassen. Die Verhandlungskommission
wurde beauftragt, unter allen Umständen an den Forderungen
festzuhalten. Nach Fällung des Schlichtungsbeschlusses treten die Ge-
hilfen sofort zusammen, um über Annahme oder Ablehnung zu
entscheiden.

Festgestellt muß werden, daß die Stimmung der Versamm-
lung bewies, daß auch die Freileugehilfen endlich aufgewacht
sind, der Organisationsrat großes Interesse entgegenbringen und fest
entschlossen sind, ihre Forderung mit Hilfe eines Streiks durch-
zusetzen.

Waldtransportarbeiter. Den Kollegen zur Nachricht, daß
die Tarife für 1920 festgelegt sind. Dieselben sind abgeholt
im Gewerkschaftshaus, Einzelufer 15, vom 2. Treppen, Zimmer 51,
gegen Vergütung von 50 Pf. pro Stück. Außerdem zur Kenntnis-
nahme: Die Vergütung der Streiklinge findet nicht statt. Es wird
eine Betriebsratsbeihilfe von 80 M. gezahlt. Rättsländige Arbeiter,
welche vom 1. März bis 13. März 1920, 6 Tage gearbeitet
haben, erhalten dieselbe. Deutscher Transportarbeiter-Verband,
Bezirk Groß-Berlin, Sektion II, Die Brandenburger.

Eine Vorstands- und Vertrauensmännerversammlung der
Berliner Maler und Lackierer beschäftigte sich am Donnerstag mit
dem Organisationsentwurf des Hauptverbandes und der darin
vorgesehenen Vertragserhöhung. Die Erhöhung der Streikunter-
stützung ist entschieden zu begrüßen. Eine wesentliche Erhöhung
auch des Ortsauschlages im Interesse der Berliner Arbeiter ist
nicht zu umgehen. Mit der ganzen Materie wird sich in den
nächsten Tagen eine Mitgliedserversammlung beschäftigen, außer-
dem wird über die Vertragserhöhung eine Abstimmung der Mit-
glieder entschieden.

Groß-Berlin.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß wegen
der ungünstigen geliegene Papier- und Druckpreise der
monatliche Abonnementspreis der „Freiheit“ ab 1. April
7,50 M. beträgt.

Karfreitag.

Der gestrige Karfreitag, früher Massenaussflugtag,
stand noch unter den Rodewechen der Generalstreiks. In
großen Betrieben, so im A.E.G.-Konzern, wurde gearbeitet.
Aber lokale das schöne Wetter hinaus ins Freie, aber die
Massen blieben in der Stadt. Die erhöhten Fahrpreise
übten auf den Ausflugsverkehr einen starken Einfluß aus.

Kuffchen erzeugt es in der Bevölkerung in Trepow, daß trotz
Kartoffelknappheit in der Gemeinde — in dieser Woche hat es
Kartoffeln nicht gegeben — Vollgebrannte u. a. Kartoffeln in
Mengen von 3—8 Pennern bekommen haben. Es wird behauptet
daß es sich um Kartoffeln handelt, die im Herbst bestellt seien.
Wenn aber die allgemeine Verteilung so schlecht ist wie jetzt,
dürfen solche Mengen unter keinen Umständen an einzelne Per-
sonen abgegeben werden. Das widerspricht den Grundsätzen einer
beständigen Nationalisierung.

Zur Beerdigung der Märzopfer. Die Ordner zur Beerdigung
treffen sich heute früh 10 Uhr pünktlich in Bürger's
Kaffeehaus, Frankfurter Allee. Es wird darauf aufmerksam gemacht,
daß außer dem 7. Bezirk auch der 8. Bezirk und Genossen von
Südberglitz die Ordner stellen.

Aus der Partei.

In der gestrigen Generalversammlung des Bezirksver-
bandes Berlin-Brandenburg wurde beschlossen, vom 1. April
ab bis nach den Wahlen den Beitrag um das Doppelte
zu erhöhen. Es sind daher alle Organisationen verpflichtet,
ab 1. April den Beitrag in doppelter Höhe einzuziehen.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wislapp, Reichhau,
Verlagsanstalt „Freiheit“, a. G. m. b. H., Berlin. — Druck des
Einheitsdruckers und Verlagsverlagsanstalt m. b. H. Schillbergstrasse 18

